

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Preis: monatlich 2.80 M., vierteljährlich 8.40 M., durch die Post 4.70 M. bei 14.10 M. Bestelldruck wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Abonnent keinen Anspruch auf Vorforderung der Zeitung oder Rückerstattung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Alsfeldstraße 11. Fernruf Nr. 2215 und 2216. — Anzeigenpreise: Die 34 mm breite Zeile 60 Pf., die 22 mm breite Zeile 40 Pf.; außerhalb: 75 Pf. bzw. 40 Pf. Ausland 2.— bzw. 6.— M. Rabatt lt. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 526

Dienstag, 9. November 1920.

74. Jahrgang

Kommunistische Streithäher.

Die Vorgänge in Berlin im Anschluß an den Streik der Elektrizitätsarbeiter beweisen wieder einmal, daß die Reichshauptstadt, wie das „Berliner Tageblatt“ selbst sagt, einen Scheitner für ganz Deutschland bildet. Die Berliner vereinen es bitter, daß durch ihre Wahlhauheit die rote Mehrheit im Rathaus eingeschlossen ist. Der sozialistische Magistrat hat es fertig gebracht, die technische Nothilfe aus den vom Streik betroffenen Werken abzurufen und die Rohhandarbeiten den Streikenden selbst überlassen.

Der Elektrizitätsarbeiterstreik in Berlin.

Bei den Verhandlungen mit den Elektrizitätsarbeitern vor dem Tarifkommissionen wurden den Arbeitern nicht unerhebliche Zugeständnisse gemacht. Differenzen waren deshalb entstanden, weil man den Elektrizitätsarbeitern zwar die Stundenzulage von 60 Pf. für die Tagesarbeit bewilligen, ihnen aber den Zuschlag von 60 Pf. für die Nacharbeit abgelehnt wollte. Inzwischen hat die Stadt nach und bewilligte die Zulagen für die Tages- und die für die Nacharbeit.

Die Funktionäre und Vertrauensleute des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, die etwa 40 000 städtische Arbeiter vertreten, stimmten gestern nachmittags nach Stundenlangen Verhandlungen mit 13 600 Stimmen gegen den Streik, mit 14 280 Stimmen für den Streik. Die erforderliche 2/3 Mehrheit ist also nicht erreicht. 2000 Arbeiter stimmten zwar gegen den Streik, aber auch gegen einen Streik. Es wurde eine Entschliessung gefasst, in der zum Ausdruck kommt, daß der Streikspruch zu verwerfen ist wegen der Klassifizierung der Löhne, und daß die Arbeiter auf die Lohnverbesserung vorläufig verzichten und eine gleichmäßige Lohnzahlung für alle Arbeitnehmer erstreben, die in den baldigen Verhandlungen herbeigeführt werden soll. Danach ist alles zu hoffen, daß heute abend die Elektrizitätsarbeiter bereits wieder in ihre Betriebe zurückkehren, sobald am Mittwoch früh der Straßenbahnverkehr wieder aufgenommen werden kann. Die Versammlung der dem Maschinen- und Elektrikerverband angehörenden Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke dauerte in später Nachtstunde noch an.

Die Arbeiter der städtischen Gasanstalt in Tegeel sind heute nachmittags in den Streik getreten. Rohgasarbeiter werden vertrieben. Infolge des Streiks ist im Interesse der Bevölkerung der Druck im Rohrnetzwerk zwecks Gasersparnis herabgesetzt worden.

Der Polizeipräsident Richter erläßt folgende Bekanntmachung:

Berlin, 8. Nov. Der Magistrat von Berlin forderte auf seine Anordnung sämtliche Angestellte der Elektrizitätswerke auf, ihren Dienst weiter zu versehen und sicherte ihnen Schutz gegen Maßnahmen oder irgendwelche wirtschaftliche Nachteile zu. Es werde dafür sorgen, daß die Angestellten gegen jede Belästigung und Bedrohung mit allen polizeilichen Mitteln nachdrücklich geschützt werden.

Streik an der Arbeit.

Während sich ein großer Teil der Berliner städtischen Arbeiter gegen den Streik erklärte, vor allem die der Wasserwerke, ist eine mit allen Mitteln politische Hege betriebene Kollation im Gange, die den Streik über die unmittelbare vom Streikspruch betroffenen Arbeitergruppen ausdehnen und besonders auch die Störung des Eisenbahnverkehrs durch Lokomotiven erwerbsfähig machen möchte. Ein Trupp von etwa 800 Arbeitslosen demonstrierte gestern nachmittags am Marktplatz und zog dann nach der Reichsdruckerei. Hier konnten noch rechtzeitig die Eingänge gesichert werden. Es konnte aber nicht verhindert werden, daß die Demonstranten durch den Einmarsch in der Kommandanturstraße in das Innere der Reichsdruckerei eindrangen und die Arbeiter zum sofortigen Streik aufriefen. Es gelang schließlich den Arbeitern der Reichsdruckerei, die Demonstranten von dem Grundstück zu verdrängen.

Die Regierung will die Lehre ziehen.

Der preussische Minister des Innern Severina äußerte sich gestern einem Vertreter der „R. A. M.“ folgendermaßen: Die Regierung sieht aus den Berliner Vorgängen und dem Elektrizitätsstreik die Lehre, daß sie Maßnahmen ergreifen muß, die geeignet sein werden, künftighin das wirtschaftliche Leben der Städte vor Gewalt und Willkür unheimlicher Gruppen zu schützen. Die bisher bewilligten Gehältern der Pöbel und Gehälter besetzten die städtischen Finanzen mit nahezu 90 Millionen Mark jährlich.

Der Verkehrsstreik in Darmstadt.

In der Angelegenheit der Beilegung des Streiks bei der Eisenbahn-Eisenbahnverkehrsbehörden waren heute die beiden Parteien vom Arbeitsministerium zu Verhandlungen geladen worden, die noch zu keinem Ergebnis geführt haben und morgen fortgesetzt werden.

Der Streik in den Porzellanwerken.

Am Samstag fand eine Versammlung der Porzellanarbeiter statt, bei der die Porzellanwerke der Firma abgelehnt wurden. Die Porzellanwerke gelangten einstimmig zur Ablehnung. Der Streik geht infolgedessen weiter.

Die Wiedergutmachungsfrage.

Am 20. November Sachverständigenkonferenz in Brüssel.

Br. Paris, 9. Nov.

Der „Matin“ bringt ein Telegramm aus Brüssel, demzufolge man in den politischen Kreisen Brüssels verheißt, daß am 20. Nov. die erste Tagung der Sachverständigen über die Wiedergutmachungsfrage stattfinden soll. Wie bereits mitgeteilt, sollen daran auch die deutschen Sachverständigen teilnehmen.

Die Dieselmotoren.

Berlin, 8. Nov. Auf das deutsche Ersuchen um Weiterbefassung der Dieselmotoren ist von der Völkerverkehrskommission noch keine Antwort eingegangen. Andererseits Zeitungsberichten erliegen sich hierdurch.

Br. Paris, 8. Nov.

Ueber die heutige Erörterung der Frage der Dieselmotoren im Völkerverkehrsrat wird von Paris noch mitgeteilt: Bekanntlich hatte die Internationale militärische Kontrollkommission in Deutschland ungefähr 300 dieser Motoren von der Art, wie sie für Unterseeboote verwendet werden, entdeckt und deren Zerstörung verlangt. Die deutsche Regierung hat geltend gemacht, daß die Motoren für wirtschaftliche Zwecke umgebaut werden sollten. Der Völkerverkehrsrat erwartet das Ergebnis einer ergänzenden Untersuchung der Marinekommission. Wahrscheinlich wird man von Deutschlands Sicherheiten über die Verwendung der Motoren verlangen.

Die Milchläche.

Im Hauptsaal des Reichstages erklärte auf eine Anfrage Helfferichs (Dnt.) Ministerialdirektor von Simson, was die Milchläche angeht, so müsse betont werden, daß die Ziffer 810 000 die Endsumme der in den vorläufigen Listen der Entente aufgenommenen Ziffern bedeuete. Eine amtliche Mitteilung darüber, daß auf Lieferung dieser 810 000 Milchläche unter allen Umständen bestanden werde, liege bisher nicht vor. Hierüber würden, ebenso wie über die anderen in den Listen verzeichneten Gegenstände, noch nähere Verhandlungen erforderlich sein. Von deutscher Seite könne nur immer wieder hervorgehoben werden, daß es eine unglaubliche Härte bedeuten würde, wenn bei der gegenwärtigen Lage der Milch- und Fettversorgung diese Forderung aufrechterhalten bliebe.

Ein französischer Gewerkschaftsführer gegen die Befragung des Ruhrgebiets.

Paris, 8. Nov. Der Nationalrat des allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) ist heute vormittags zusammengetreten. Der aus dem Ruhrgebiet zurückgekehrte Gewerkschaftsführer Joubert erklärte Bericht und erklärte, die Arbeiter des Ruhrgebietes seien von dem Wunsch befreit, alles zu tun, damit ihre Regierung die in Spa übernommenen Verpflichtungen erfüllen könne. Nach dem „Matin“ erklärte Joubert, die Delegation habe feststellen können, daß die in Spa übernommene Verpflichtung, die Ernährung der Bergarbeiter zu verbessern, nicht gehalten wurde. Die Delegation der gewerkschaftlichen Internationale vertrete die Ansicht, daß die eventuelle Befragung des Ruhrgebietes durch die Truppen der Entente durch nichts gerechtfertigt werde.

Der französische Verbindungsoffizier in Darmstadt.

Der französische Verbindungsoffizier bei der Hessischen Regierung Major de Volken hat Darmstadt am 6. Nov. verlassen. Da infolge des Auftritts des Friedensvertrages und der Wiederaufhebung der Besetzung von Darmstadt die ihm obliegenden Geschäfte sich stetig verminderten, ersuchte, wie eine Meldung aus Darmstadt lautet, eine Wiederbesetzung der Stelle nicht mehr geboten.

Ein Buch des Generals Mangin.

General Mangin veröffentlichte gestern ein Buch unter dem Titel „Wie der Krieg vorbereitet wurde“. Er sagt darin u. a.: „Die bayerischen, hannoverschen und rheinischen Patrioten behaupten mit Recht, daß die jetzige deutsche Republik eine größere Gefahr für den Frieden sei, als es das Kaiserreich im Jahre 1914 war oder 1920 wäre. Solange Deutschland nicht seine natürlich föderalistische Verfassung hat, wird die Welt der preussischen Gefahr ausgesetzt sein. Wenn es wieder zu einem Kriege kommt, und wir Franzosen stehen den Deutschen allein gegenüber, so kommt es einzig und allein darauf an, daß wir unsere Operationen mit Höchstgeschwindigkeit ausführen. Wir müssen sofort die deutschen Industriegebiete und die deutschen Grubenbezirke besetzen und bis an die Elbe vordringen. Die deutschen Truppen werden ihrerseits sehr schnell schlagfertig sein, denn die Cadres für die Mobilisierung sind bereits vorhanden und können im Ru 5 Millionen Mann aufnehmen, welche eben erst die Waffen niedergelegt haben. Diese Cadres sind sehr tüchtig und vom Geiste der Revanche befeuert.“

Der Krieg an der Krim.

Wrangel wieder zum Gegenstoß bereit.

Konstantinopel, 6. Nov.

Die Agentur Nahagent meldet: Die Angriffe der Roten Truppen in der Gegend Nowo-Alexajewka und Sinach sind aufgehalten worden. Die Truppen des Generals Wrangel weichen keinen Schritt mehr zurück. In dem Abschnitt von Pereslop sind die Roten Truppen nach Nordosten ausgewichen, da sie den Gegenangriffen der Truppen Wrangels nicht standhalten konnten. Abteilungen, die mit Wrangel gemeinsame Sache machen, haben die Roten Truppen bei Meschitz angegriffen und eine Infanteriebrigade geschlagen.

Beilegung des Streiks in Barcelona.

Nach einer Davaadmeldung aus Barcelona ist die Arbeit in den metallurgischen Fabriken wieder aufgenommen worden. Die Straßenbahnen sind wieder in Betrieb.

Dr. Kunper †.

Br. Haag, 8. Nov.

Der ehemalige holländische Ministerpräsident und Minister des Innern Dr. Kunper ist heute abend hier gestorben.

Danzig.

Danzig, 9. Nov.

Der Oberkommissar erhielt gestern ein Telegramm der Völkerverkehrskommission, in der mitgeteilt wird, daß die Befragung der freien Stadt und des Gebietes von Danzig am 15. Nov. in Kraft treten wird und daß die gegenwärtige alliierte Verwaltung bestehen bleibt, bis weitere Anordnungen von der Völkerverkehrskommission eintreffen. Gleichzeitig ist der Oberkommissar von der Völkerverkehrskommission ersucht worden, alle Beilegungen anzuordnen, von irgend welchem übermäßigen oder herausfordernden Anbuhungen aus diesem Anlaß Abstand zu nehmen. Der Oberkommissar bestimmt daher, daß die versorgungsbegleitende Veranlassung für den 15. Nov. zusammenberufen werde zur Veranlassung der freien Stadt.

Eine vierte Internationale?

In der nächsten Zeit werden, wie ein Berliner Morgenblatt meldet, die Führer der Reichsunabhängigen Lebensbourg, Crispian und Rosenfeld eine Auslandsreise — zunächst nach Stockholm — antreten, um mit gleichgerichteten sozialistischen Parteien über die Bildung einer neuen Internationale zu verhandeln. Die Reise ist als Vorbereitung für die auf den 5. Dezember nach Bern einberufenen internationale Konferenz gedacht.

Der Breslauer Zwischenfall.

Vor dem Schwurgericht in Breslau begann die Verhandlung gegen 20 Personen, die an der Plünderung und Zerstörung des polnischen und französischen Konsulats am 26. Aug. teilgenommen haben wegen Landfriedensbruchs. Für die Verhandlungen sind etwa zwei Wochen in Aussicht genommen.

Marshall Kochs Erinnerungen.

Paris, 8. Nov. Der Vertreter des „Matin“, Sauvage, erzählt folgende Einzelheiten aus einer Unterredung mit Marshall Koch, der ihm verschiedene Erinnerungen über den Abbruch des Waffenstillstandes und des Friedens mitteilte. Der Marshall erzählte Einzelheiten seines Zusammenstossens mit den deutschen Bevollmächtigten, die den Waffenstillstand abschließen sollten. Als Koch die Frist der deutschen Antwort auf 72 Stunden begrenzte, verlangten Erzberger und Winterfeldt dringend die sofortige Beendigung der Feindseligkeiten, wobei der erste das Gesicht des Bolschewismus hervorhob und der zweite technische Gründe anführte. Koch lehnte ab und richtete an alle alliierten Armeen einen letzten Appell zur Tatkraft, auf dem alle höheren Offiziere antworteten: „Zählen Sie auf uns, wir werden nicht mehr stehen bleiben.“ Um 10 Uhr abends verlangte Koch eingehend die deutsche Revolution von den Bevollmächtigten die Mitteilung, wessen Vertreter sie seien. Sie antworteten, indem sie ein Telegramm Hindenburgs vorzeigten, daß sie ermächtigt, zu unterzeichnen und ein anderes von Ebert, das ihre Vollmachten bestätigte. Der Waffenstillstand wurde am 11. Nov. 11.15 Uhr unterzeichnet. Koch reiste um 1 Uhr ab und war um 9 Uhr bei Clemenceau. Er erklärte dem Minister: „Meine Arbeit ist beendet, die Friege beginnt“, und fügte hinzu, indem er die unterzeichnete Waffenstillstandsvereinbarung vorlegte: „Zählen Sie jetzt den Frieden, den Sie haben wollen, ich kann ihn aufbringen.“ Der Marshall erinnerte sich daran, daß er zur Sicherheit Frankreichs den Rhein auf militärische Grenze machen wollte, ohne daß dadurch dieser Strom zur politischen Grenze werden sollte, und daß er die Befestigung des linken Rheinufers bis zur vollständigen Aufklärung des Vertrages verlangt habe. Er versuchte zweimal, seiner Ansicht zum Siege zu verhelfen, sowohl vor dem Ministerrat am 7. April, wie in der Vollziehung der Friedenskonferenz. Es gelang ihm aber nicht.

